



HESSISCHER LANDTAG

18. 06. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 13 Mitglieder an (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE).

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, alle Umstände, die zu einer bis zu 10 Stunden dauernden Einkesselung von über 900 Personen und aufgrund dessen zum Abbruch einer Demonstration von mehr als 10.000 Menschen des Bündnisses "Blockupy" am 01.06.2013 in Frankfurt am Main führten, aufzuklären und die politisch Verantwortlichen festzustellen.

Dabei ist insbesondere zu klären:

1. Welche konkreten Vorkommnisse zu der Einkesselung in der Hofstraße, bereits kurz nach Beginn der Demonstration, geführt haben?
2. Ob das Vorgehen der Polizei, das nach Medienberichten zu mehr als 300 verletzten Demonstranten und zahlreichen Journalisten führte, rechtlich zulässig war.
3. Ob der massive Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei im Rahmen der bestehenden Richtlinien über den Einsatz von Pfefferspray sowie unter Berücksichtigung der bestehenden Gesundheitsvorschriften erfolgte.
4. Ob, wer und in welcher Weise Verantwortliche des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport an den Entscheidungen über die Einkesselung selbst und während der darauffolgenden Stunden mitgewirkt haben.
5. Inwieweit der hessische Innenminister Rhein (CDU) an Entscheidungen im Vorfeld oder während der Demonstration beteiligt war.
6. Inwieweit das Ordnungsamt der Stadt Frankfurt und der Frankfurter Ordnungsdezernent an Entscheidungen im Vorfeld oder während der Demonstration beteiligt waren.
7. Warum die zuständigen Richter am Amtsgericht Frankfurt nach der Einkesselung am 01.06.2013 nicht tätig wurden?

Kassel, 18. Juni 2013

Der Parlam. Geschäftsführer:
Schaus